

Nächste Ausfahrt: Rot-Schwarz

Bevor sie überhaupt Fahrt aufnehmen konnten, sind die Koalitionsverhandlungen in Berlin zwischen SPD und Grünen geplatzt – nach einer Stunde.

Wähler fragen sich, ob ihr Wunschbündnis wirklich an 3,5 Kilometern Autobahn scheitern musste. Die Grünen fürchten nun auch eine große

Koalition im Bund, während die CDU frohlockt. Und auch die Piraten hoffen, dass ihr Einfluss stärker werden kann.



Ende der Partie.

Zeichnung: Haitzinger



AN IHR IST DIE ROT-GRÜNE KOALITION GESCHEITERT: Im Streit um die Verlängerung der Stadtautobahn 100 waren die Fronten der Parteien verhärtet. Nun ist Rot-Schwarz wahrscheinlich.

SPD-Landesvorstand für Koalitionsverhandlungen mit CDU

VON MAJA HEINRICH

BERLIN. Im Nachhinein bekommt der Wahlkampf der Grünen einen speziellen Dreh: „Fällt aus!“ stand auf einigen Plakaten. Gemeint war zwar der Schulunterricht, Gleiches gilt wohl auch für das erklärte Wunschbündnis Rot-Grün. Die obersten SPD-Strategen im Bund hatten keinen Zweifel daran gelassen, welche Koalition die richtige Blaupause für die Bundestagswahl 2013 abgeben würde. Nun macht Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) den Rückzieher – und den Weg frei für Rot-Schwarz.

Diese Konstellation hätte kein Problem mit dem endgültigen Ausbau der seit Jahr und Tag strittigen Stadtautobahn 100, bei der trotz Finanzzusatz des Bundes noch 3,5 Kilometer fehlen.

Nach Ansicht des Grünen-Bundespartei-Chefs Cem Özdemir könnte eine große Koalition Vorbildcharakter für den Bund haben. „Für die CDU eine gute Nachricht“, stän-

kerkt Özdemir, härtester Befürworter einer schwarz-grünen Machtoption.

Die Grünen in Berlin fühlen sich von Wowereit vorgeführt. Gerüchten zufolge soll die SPD in den vergangenen Tagen klammheimlich sogar schon mit der CDU sondiert haben. Deren Fraktionschef Frank Henkel steht bereit: „Es bleibt dabei, wir sind uns unserer Verantwortung als zweitstärkste Kraft für diese Stadt bewusst. Sollte es ein Verhandlungsangebot der SPD geben, werden wir uns dem nicht verschließen.“

Das Angebot kam noch am Abend: Der SPD-Landesvorstand war einstimmig für Koalitionsverhandlungen mit der CDU. Bereits im ersten Sondierungsgespräch nach der Wahl hatte es kaum Probleme gegeben. In der SPD-Parteibasis hingegen schon.



Klaus Wowereit



Cem Özdemir

Die stark vom linken Flügel beeinflussten Hauptstadtdenken dürften sich beim Gedanken an Rot-Schwarz schütteln, zu unterschiedlich sind die Mentalitäten. Dass Wowereit dies in seiner dritten Amtsperiode ignorieren kann, zeigt die Dominanz – Kritiker sagen Arroganz – des Regierenden.

Auch grauste es Wowereit vor dem Gedanken an eine äußerst knappe rot-grüne Mehrheit und mögliche Wackelabstimmungen à la Heide Simonis. Die Ex-Regierungschefin in Kiel war nach vier erfolglosen Wahlgängen im Abseits gelandet. Zumindest eines ist klar: Bei den Grünen ist Wowereit unten durch. „Nach dem ‚desaströsen‘ Wahlergebnis für ihn und nach dem Scheitern der rot-grünen Koalitionsverhandlungen ist Klaus Wowereit kein ernstzuneh-

mender Mitspieler mehr für Rot-Grün im Bund“, erklärte Volker Ratzmann, Grünen-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus. „Wowereit hat offenkundig nie etwas anderes akzeptiert als das Koch-und-Kellner-Verhältnis zwischen SPD und Grünen“, sagte er. Der Sozialdemokrat Wowereit sei „nie wirklich bereit gewesen“, eine rot-grüne Regierung einzugehen und nach zehn Jahren Koalition mit der Linkspartei „eine in Inhalt und Stil andere Politik zu akzeptieren“, kritisierte der Grünen-Politiker. Obwohl der Kompromiss „greifbar nahe gewesen“ schien, habe sich der SPD-Mann dann mit seiner Vorliebe für Rot-Schwarz durchgesetzt.

Ob Ratzmann mit diesen Worten auch seine Wähler beruhigen kann, ist fraglich. Die Kommentare auf der Grünen-Homepage sind eindeutig: „Als Berliner interessiert mich die A100 überhaupt nicht“, schreibt ein Anhänger: „Das nächste Mal wähle ich die Piraten!“

Streit über Autobahnweiterbau

Geplanter Ausbau der A100
Länge: 3,2 km
Kosten: 420 Mio. €
400 m Tunnel



Die Berliner Stadtautobahn wird seit den 1950er Jahren gebaut. Ursprünglich war sie als Ring um die Innenstadt geplant, wurde in der geteilten Stadt aber nur im Westteil gebaut.

Der geplante 16. Abschnitt soll die Strecke im Südosten der Stadt verlängern. Dieser Abschnitt führt 3,2 Kilometer vom Dreieck Neukölln zum Treptower Park, vorwiegend durch

Kleingärten. Die Verwaltung erwartet 60 000 bis 100 000 Autos pro Tag. Die Baukosten liegen bei 420 Millionen Euro, die der Bund bezahlt.

Die neue Strecke soll, vor allem aus Lärmschutzgründen, zum Teil in einem Tunnel liegen, zum Teil in einem Trog.

Kritiker befürchten, dass zusätzlicher Autoverkehr angezogen wird und die zuführenden Straßen überlastet werden.

NP-INTERVIEW

„Die Grünen spüren die Piraten im Nacken“

Rot-Grün in Berlin sei noch nicht ganz vom Tisch, meint Parteiforscher Professor Lothar Probst von der Uni Bremen.

VON ANJA SCHMIEDEKE

Ist Rot-Grün an einer drei Kilometer langen Straße gescheitert, oder steckt mehr dahinter?

Der Konflikt reicht schon über diese drei Kilometer hinaus. Es gibt bei Grünen und SPD in Berlin sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Verkehrsinfrastrukturpolitik. Die Frage ist, wohin fließt der Verkehr, wenn die Autobahn zu Ende ist. Es geht dabei um Stadtteile, in denen viele Grünen-Wähler zu Hause sind, und dort stellen die Grünen sogar den Bezirksbürgermeister.



Lothar Probst

So groß ist die Bedeutung von Berlin nicht. Das Funktionieren anderer rot-grüner Bündnisse auf Landes- und Bundesebene, etwa in Nordrhein-Westfalen, hat viel größeres Gewicht. Berlin zeigt aber, dass Rot-Grün kein Selbstläufer mehr ist. Die Grünen sind angesichts ihrer Wahlerfolge nicht bereit, sich einfach mit der Rolle des Juniorpartners abspesen zu lassen. Sie gehen selbstbewusster in Verhandlungen mit der SPD und lassen es im Ernstfall auch auf ein Scheitern ankommen. Sie wissen, dass der Niedergang der FDP sie langfristig auch für die Union interessant macht.

Ist ein rot-schwarzes Bündnis für Klaus Wowereit leichter zu schmieden?

Das muss man abwarten. Beim Thema Verkehr sind sich SPD und CDU näher. Es gibt jedoch auch erhebliche Differenzen, etwa in der Schul- und Sozialpolitik. Deshalb würde ich die Möglichkeit einer rot-grünen Koalition noch nicht ganz abhaken.

Der Bürgermeister von Friedrichshain, Franz Schulz, hatte mit dem Austritt gedroht, sollte seine Partei dem Autobahnausbau zustimmen.

Ja, denn für die Grünen ist der Autobahnausbau eine Frage der Glaubwürdigkeit. Vor der Wahl hieß es: Mit uns gibt es die Autobahn nicht. Jetzt der Regierungsbeteiligung zuliebe umzu- fallen, hätte Sympathien unter den eigenen Anhängern gekostet. Schließlich spüren die Grünen auch die Piratenpartei im Nacken.

Berlin galt als Vorbild für ein Comeback von Rot-Grün im Bund. Hat auch das Scheitern symbolischen Wert?

Verbessert Wowereit seine Chancen auf die Kanzlerkandidatur durch ein Bündnis mit der CDU?

Eine große Koalition spricht eher gegen eine Kanzlerkandidatur als ein rot-grünes Bündnis, das angesichts der jetzigen Umfragewerte 2013 eine Mehrheit hätte. Außerdem hat Wowereit bei den Wahlen kein besonders gutes Ergebnis erzielt und ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Insofern hat er sich als Kanzlerkandidat der SPD nicht unbedingt empfohlen.

Piraten in ungewohntem Fahrwasser

Partei stellt sich in Berlin bei Bundespressekonferenz vor

VON PETER ZSCHUNKE

BERLIN. Ziemlich nervös, aber mit dem starken Rückenwind ihres Berliner Wahlerfolgs treten die Piraten erstmals vor die Bundespressekonferenz. Die Politische Geschäftsführerin Marina Weisband hatte mit Blick auf die Premiere am frühen Morgen noch getwittert, sie „stelle gerade fest, dass ich doch eher Studentin als Politikerin bin“. Gegen Ende der Pressekonferenz aber sagt sie erleichtert: „Ich finde es gerade ganz toll!“

Partei-Chef Sebastian Nerz fängt ganz von vorn an und erklärt erst einmal die Schreibweise der Piratenpartei: Ohne Bindestrich! Dann kommt er zum Ursprung des ungewöhnlichen Namens: Dieser leite

sich ab von dem in Schweden gegründeten Datenaustauschportal „The Pirate Bay“. Die Piratenpartei trete für eine grundlegende Reform des Urheberrechts ein. Das bedeute aber nicht, dass die Partei illegales Kopieren fördern wolle.

Eine klare Haltung haben die Piraten zum Datenschutz. Das Internet brauche keine staatliche Regulierung, zumal viele Probleme nur global zu lösen seien. Der Parteichef betont allerdings, dass die Piraten als „sozialliberale Grundrechtspartei“ keine reine Netzpartei seien.

Zum Rettungsschirm für verschuldete EU-Staaten oder dem Einsatz in Afghanistan haben die Piraten bislang keine Positionen festgezurr. Wichtiger ist ihnen zunächst,

Offenheit und Transparenz in den Politikbetrieb zu bringen. „Wir wollen die Kommunikation zwischen Abgeordneten und Bürgern verändern“, sagt Nerz. Und das bedeute auch einen Kampf „gegen Lobbyismus und Korruption in allen Bereichen der Gesellschaft“.

Geschäftsführerin Weisband erklärt, wie viel Aufwand die Partei in ihren internen Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen treibt. Hierfür haben die Piraten eine eigene Online-Plattform mit der Bezeichnung „Liquid Feedback“ entwickelt. „Das hindert uns manchmal daran, effizient zu sein“, räumt sie ein. Aber dies sei der Preis für ein neues Betriebssystem der Politik, in dem sich jeder einbringen könne.

Nach ihren 8,9 Prozent machen die Piraten jetzt die neue Erfahrung, dass sie vom etablierten Politikbetrieb auf einmal ernst genommen werden. In der Bundespressekonferenz wird der Blick bereits auf die nächste Bundestagswahl gerichtet: Wenn heute Bundestagswahl wäre, würden nach dem aktuellen Forsa-Wahlrend acht Prozent für die Piraten stimmen.

Aber gestern ist Berlin wieder ganz aktuell. Noch vor der Nachricht vom Scheitern der rot-grünen Koalitionsverhandlungen erklärt Andreas Baum von den Berliner Piraten, ein Ausklammern strittiger Themen wie der Stadtautobahn 100 würde es mit ihnen nie geben. Das passe nicht zu Transparenz und Offenheit.



LÄSSIG: Marina Weisband und Andreas Baum warten auf den Beginn ihrer Pressekonferenz.